

DIE EUROPÄISCHE SCHULDENKRISE ÜBERWINDEN

FACHKONFERENZ DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG UND DES KONSTANTINOS KARAMANLIS
INSTITUTE FOR DEMOCRACY AM 29. NOVEMBER 2011 IN BERLIN

Seit zwei Jahren ist die europäische Schuldenkrise allgegenwärtiger Bestandteil der Diskussionen in Politik und Medien. Zunächst als ein spezifisch griechisches Problem wahrgenommen, weitete sich die Wahrnehmung der Verschuldungsproblematik in zahlreichen Mitgliedstaaten der Eurozone rasch aus. Da der Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten aufgrund der stark erhöhten Zinsen versperrt war, musste sich Griechenland im Mai 2010 mit Hilfe seiner europäischen Partner und des Internationalen Währungsfonds (IWF) refinanzieren. In mehreren EU-Sondergipfeln sowie durch weitere Rettungspakete versuchten die Staaten der Europäischen Union gemeinsam die Situation zu entschärfen. Einen vorerst letzten Schlusspunkt unter die Rettung Griechenlands sollte der Schuldenschnitt setzen, welcher – weil ordnungspolitisch schwierig – lange umstritten war. Schließlich aber erschien er unausweichlich, um die Verschuldung des Landes sowie die mittelfristigen Wachstumsperspektiven auf ein tragfähiges Niveau zu bringen. Die Sparanstrengungen, von den europäischen Partnern gelobt, führten in Griechenland zu innenpolitischen Spannungen und mündeten im Rücktritt der sozialistischen Regierung Papandreou im November 2011. Ihr folgte eine mit Experten besetzte Regierung unter dem früheren Vizepräsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB) Lucas Papademos. Diese „Regierung der nationalen Einheit“ ist nun damit konfrontiert, die bereits begonnenen Reformen effektiv umzusetzen und den Gipfelbeschlüssen um den Schuldenerlass konkrete Maßnahmen folgen zu lassen.

In diesem Kontext führte die Konrad-Adenauer-Stiftung mit der Fachkonferenz „Die Europäische Schuldenkrise überwinden“ Ende November 2011 die Kooperation mit dem Konstantinos Karamanlis Institute for Democracy fort, die 2010 mit einer wirtschaftspolitischen Konferenz in Athen begonnen wurde. Die Diskussions Teilnehmer nahmen die Ursachen sowie die Lösungsoptionen für die griechische Krisensituation in den Blick



Frank Spengler, stellv. Leiter der Europäischen und Internationalen Zusammenarbeit der KAS, und Professor Konstantina E. Botsiou, Vizepräsidentin des Konstantinos Karamanlis Institute for Democracy, eröffneten die Konferenz.

und diskutierten darüber hinaus die ordnungspolitisch notwendigen Neuorientierungen für die EU als Ganzes. Denn dass die Verschuldungsproblematik sich nicht nur in Griechenland zu einer Krise ausweitete, zeigten die Entwicklungen in weiteren Ländern der Europäischen Union. So mussten Irland und Portugal Hilfen des Europäischen Rettungsschirms in Anspruch nehmen. Auch das institutionelle Gefüge der EU ist von den krisenhaften Entwicklungen betroffen. Die Ansteckung weiterer europäischer Volkswirtschaften führte zur Einrichtung eines permanenten Rettungsschirms (European Stability Mechanism, ESM). Im Lichte dieser Entwicklungen wurden im zweiten Panel der Konferenz Fragen nach weiteren institutionellen Umgestaltungen der Europäischen Union sowie nach den Lehren, die die EU aus dieser Krise ziehen kann, von den Teilnehmern erklärt und diskutiert.

Professor Andreas Freytag, Universität Jena, Joachim Pfeiffer MdB, Mitglied im Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Technologie und Notis Mitarakis, Leiter des Bereichs Wirtschaftspolitik der Nea Dimokratia, diskutierten unter der Moderation von Dr. Karen Horn, Leiterin des Berliner Büros des Instituts der Deutschen Wirtschaft (v.l.)



DIE GRIECHISCHE SCHULDENKRISE – URSACHEN UND ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN

Das Ziel der ersten Diskussionsrunde war es, „mit der Reife der Erfahrung zu einem klareren Bild über die Krise zu kommen“, so die Moderatorin Dr. Karen Horn. Der Fokus richtete sich dabei auf Griechenland selbst. Ursachen für und Lehren aus der griechischen Krise wurden von den Experten aus Griechenland und Deutschland erläutert und diskutiert, um Handlungsempfehlungen für eine zukünftige griechische Politik aufzuzeigen.

Sehr schnell bestand Konsens unter den griechischen und deutschen Diskussionsteilnehmern darüber, dass Griechenland die Vorteile des sinkenden Zinsniveaus im Zuge der Euro-Einführung nicht nachhaltig genutzt habe. So stellte Dr. Joachim Pfeiffer MdB, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie des Deutschen Bundestages, fest, dass die griechischen Regierungen es seit Einführung der Gemeinschaftswährung versäumt hätten, notwendige Investitionen in Infrastruktur und Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft zu tätigen. Zudem habe das Land mögliche Unterstützungen aus den Strukturfonds der EU nicht abgerufen – 16 Milliarden Euro standen hier für 2011 noch zur Verfügung. Auch mit Blick auf den Arbeitsmarkt sei festzustellen, dass eine hinreichende Flexibilisierung sowie der Einbezug von breiten Bevölkerungsschichten in die Erwerbstätigkeit im Sinne der Lissabon-Strategie der EU nicht ausreichend stattgefunden habe. Stattdessen sei es zur Ausweitung eines ineffizienten Staatssektors gekommen, der insbesondere von einer nicht funktionierenden Finanzverwaltung geprägt und somit mitverantwortlich dafür sei, dass die Einnahmenseite des Staates nicht ausreichend tragfähig sei. Notwendige Strukturreformen seien nicht angegangen worden, ergänzte Notis Mitarachi, Leiter des Bereichs Wirtschaftspolitik der griechischen Partei Nea Demokratia.

Einen völlig anderen Blick auf die Ursachen der Verschuldungskrise warf Professor Dr. Andreas Freytag von der Universität Jena. Er beschrieb die Anwendung der europäischen Verträge als „Geschichte der Rechtsumdeutung“. So sei von Anfang an nicht auf die Durchsetzung der Sanktionen in den Verträgen geachtet worden – dies habe zu ihrer bis heute mangelnden Glaubwürdigkeit beigetragen. Insbesondere zeige sich dies daran, dass zu Beginn der Euro-Einführung im Jahr 1999 nur drei Länder die Euro-Stabilitätskriterien erfüllten und im Jahre 2003 aus Angst vor Vertragsstrafen Deutschland und Frankreich auf eine Verfahrensänderung bei der Festsetzung von Strafen hingewirkt hätten. Weitere Stationen auf dem Weg zu einer Aushöhlung des europäischen Vertragswerkes seien die Rettungspakete für Griechenland gewesen, die gegen die No bail out-Klausel verstießen. Schließlich sei auch das Ankaufprogramm für Staatsanleihen durch die EZB mit ihrer Unabhängigkeit nur schwer vereinbar. Auf diese Weise habe der in den Verträgen festgeschriebene, präventive Schutzmechanismus nicht gegriffen.

Desweiteren nahm Professor Freytag das Investitionsklima in Griechenland unter die Lupe. Anhand von Messzahlen über die wirtschaftliche Freiheit sowie die Außenwahrnehmung der Korruption zeigte er auf, dass das Land bei der Schaffung eines günstigen wirtschaftlichen Umfelds im europäischen Vergleich abgeschlagen auf dem letzten Platz liege. Dies bestätige Griechenlands derzeit unzureichende Wettbewerbsfähigkeit. Zukünftige Reformen müssten auf den Abbau dieses negativen Eindrucks hinwirken, damit dringend benötigte Investitionen aus dem In- und Ausland getätigt würden.

Uneinigkeit bestand unter den Diskussionsteilnehmern über die Frage, ob die europäische Schuldenkrise ihren Ursprung in der Finanzkrise von 2008/09 habe. Insbesondere die deutschen Teilnehmer bestritten



dies. Sie sahen in der Weltfinanzkrise höchstens einen Beschleuniger für das Ausbrechen der Staatsschuldenkrise. Unsolide Staatsbudgets seien bereits vor der Krise von 2008/09 beobachtbar gewesen – jedoch seien diese nicht wirklich wahrgenommen worden.

Uneinigkeit zeigte sich auch mit Blick auf die möglichen Auswege aus der Krise. Alle Teilnehmer unterstrichen zwar, dass man um Spar- und Konsolidierungsprogramme nicht herumkomme. Doch verwies Notis Mitarachi darauf, dass die versprochenen Erfolge der von IWF und EU erwirkten Reformmaßnahmen noch nicht nachweisbar seien und dies auch die große Enttäuschung und Unzufriedenheit unter der griechischen Bevölkerung begründe. Dennoch dürfe man nicht übersehen, dass Griechenland die Entwicklung von Humankapital und Lebensqualität gezielt fördern müsse, um dem Anspruch seiner Bürger sowie einer Gesundung der Wirtschaft gerecht zu werden.

Der größte Dissens unter den Diskussionsteilnehmern entwickelte sich um die Rolle der EZB in der Krise. Von griechischer Seite wurde stets betont, dass sie nicht länger eine auf ihre Unabhängigkeit beschränkte Institution bleiben dürfe, sondern sie solle aktiver auf den Märkten auftreten, um einen Beitrag zur Stabilisierung der Eurozone zu leisten. Joachim Pfeiffer äußerte Zweifel dahingehend, dass durch ein aktives Eingreifen der Zentralbank der Druck von den Ländern zur Konsolidierung ihrer Haushalte genommen würde. Schließlich, so Professor Andreas Freytag, müssten die europäischen Staaten wieder Vertrauen zurückgewinnen, welches durch die Verwendung der Notenpresse zur Finanzierung von Staatsschulden nicht wiederhergestellt werden könne. Eher solle darauf gedrängt werden, die Umschuldung Griechenlands zeitnah umzusetzen, um wieder an die Finanzmärkte zurückkehren zu können – auch wenn langfristig die Zinsen nicht mehr auf ein so tiefes Niveau fallen würden wie zu Beginn der Euro-Einführung.

Langfristig, so war man sich einig, müsse es zu einer Kombination aus Konsolidierung und Wachstumspolitik kommen. Die Hoffnung aller Diskussionsteilnehmer ging dahin, dass im Zuge von grundlegenden Strukturreformen (Deregulierungen, Privatisierungen, Steuerreformen etc.) Wachstumskräfte freigesetzt würden, die den Nachfragerückgang von staatlicher Seite kompensieren. Einen Austritt von Mitgliedstaaten der Eurozone aus der Währungsunion lehnten alle Teilnehmer ab. Auch gegenüber Eurobonds nahmen die Teilnehmer der Diskussion eine ablehnende Haltung ein. Diese seien höchstens langfristig als „Schlussstein“ einer Fiskalunion denkbar. Joachim Pfeiffer charakterisierte die Eurobonds als eine rote Linie, die die Bundesregierung sowie die CDU/CSU-Fraktion nicht überschreiten würden.

Unbeantwortet blieb die Frage, woher genau die Mittel für den „Investitionsschock“ kommen sollen, auf den man insbesondere aus griechischer Sicht hofft – ist doch die wirtschaftliche Situation in den meisten europäischen Partnerländern ebenfalls angespannt. Verhaltene Kritik wurde an der Rolle der Finanzmärkte geübt. Diese hätten die krisenhafte Situation nicht früh genug erkannt, da man sich von positiven Länderbeispielen wie Deutschland habe leiten lassen, die zur Mitte der letzten Dekade Erfolge bei der Bewältigung von Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung erreicht hätten, so Joachim Pfeiffer. Außerdem habe die Politik auch dazu beigetragen, dass die Finanzmärkte verstärkt Kredite an Staaten ausgegeben hätten: Es sei ein Regulierungsrahmen entstanden, innerhalb dessen Staatsanleihen eine starke Bevorzugung gegenüber anderen Anlageformen eingeräumt wurde – nicht zuletzt über den Wegfall der Eigenkapitalunterlegung.

Das zweite Panel stellte sich unter der Moderation von Mariana Pirgioti, Generaldirektorin des Konstantinos Karamanlis Instituts, der Frage der Stabilitätskultur in der Europäischen Union.



ZWISCHEN ORDOLIBERALISMUS UND GOUVERNEMENT ECONOMIQUE – EINE STABILITÄTSKULTUR FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION

Im zweiten Panel der Konferenz, moderiert von Mariana Pirgioti, der Direktorin des Athener Konstantinos Karamanlis Institute for Democracy, wurde der Blick weiter gefasst und auf die gesamteuropäische Ebene gelenkt. Strategien und Anpassungsprozesse, die innerhalb der EU angestoßen werden müssten, um die Verschuldungskrise auch in anderen Teilen der Gemeinschaft zu überwinden und um gestärkt aus der Krise herauszukommen, lagen im Fokus der Erörterung.

Dr. Werner Langen MdEP, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments, zeigte zu Beginn des Panels auf, welchen Spielraum die europäischen Verträge bieten, um die Krise zu bekämpfen, und um die notwendigen neuen Regelungen zu implementieren. Dabei sah er es als unumgänglich an, weiter an der Schaffung einer Fiskalunion zu arbeiten, da sich die Trennung von zentraler Geldpolitik und dezentraler Finanzpolitik als problematisch erwiesen habe und die ursprünglich vorhandenen Sanktionsmechanismen bei Verstößen gegen die Maastricht-Kriterien ausgehebelt wurden. Dem stimmte auch Stavros Papastavrou, internationaler Sekretär der Nea Demokratia, zu. Er ergänzte, dass insbesondere die Mechanismen der EU im Fall von Krisensituationen besser aufgestellt werden müssten. Bevor es zu einer möglichen Vertragsänderung komme, müssten erst alle Optionen unterhalb einer solchen Lösung ausgeschöpft werden, so Werner Langen. Die Aushandlung des Lissabon-Vertrags habe gezeigt, dass in einem Europa der 27 Mitgliedstaaten einstimmige Entscheidungen über wesentliche Vertragswerke viel Zeit benötigten, die jetzt nicht zur Verfügung stehe. So wurde neben der Stärkung des Europäischen Semesters zur Haushaltüberwachung der Nationalstaaten auch

die Festlegung auf einen härteren und quasi-automatischen Sanktionsmechanismus („Sixpack“) hervorgehoben, die keine Änderung des Vertragswerkes benötigten. Auch kleine Anpassungen des Lissabon-Vertrages, wie die Aufnahme der Kriterien des Wachstumspaktes oder die Stärkung des Europäischen Rechnungshofes bei der Überwachung der Haushalte der Mitgliedsstaaten, die keine Zustimmung durch nationale Volksabstimmungen voraussetzen, seien in nächster Zeit noch realisierbar. Die Ergebnisse des EU-Gipfels vom 9. Dezember 2011 zeigten, dass die Regierungschefs einen ambitionierteren Weg eingeschlagen hätten, indem sie nun einen neuen, verschärften „Euro-Plus-Vertrag“ vereinbarten.

Georgios S. Koumoutsakos MdEP, Mitglied des Ausschusses für Transport und Tourismus im Europäischen Parlament, konzentrierte sich in seinen Ausführungen auf die unmittelbare Lösung der aktuellen Krise. Fragen über Vertragsänderungen sieht er erst zu einem Zeitpunkt nach der Krise auf der Tagesordnung: „Erst einmal muss das Feuer gelöscht werden, bevor die Feuerwehr restrukturiert wird“, so der Politiker. Er warf erneut den Konflikt um die Rolle der EZB auf, indem er forderte, dass diese als letztmöglicher Kreditgeber auftreten müsse, wenn es notwendig sei. Dies heiße jedoch nicht, dass auf eine verstärkte Sanktionierung bei Defizitverstößen verzichtet werden solle. Seiner Meinung nach könne nur diese zu einer Beruhigung auf den Finanzmärkten in kurzer Frist beitragen. Im Falle einer sich weiter verschlechternden Lage sei zu befürchten, dass bei den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 europaskeptische Parteien Auftrieb erhalten könnten. Auf Nachfrage von Mariana Pirgioti, warum die Deutschen so stark auf eine Vertragsänderung drängten, erläuterte Werner Langen, dass jegliches Handeln zu jeder Zeit vertraglich legitimiert sein müsse, da ansonsten das Bundesverfassungsgericht die deutsche Bundesregierung zwingen würde, ihre Zustimmung zu beschlossenen Maßnahmen



rückgängig zu machen. Falls die EZB umfassendere Rechte zugesprochen bekäme, gelte dies ebenfalls.

Einen ökonomischen Ausweg aus der Krise versuchte Professor Dr. Dirk Wentzel, Inhaber des Jean Monnet Lehrstuhls für Europäische Wirtschaftsbeziehungen an der Hochschule Pforzheim, aufzuzeigen. Er betonte, dass es sich bei den Krisen in Griechenland, Irland, Portugal und auch Italien um nationale Krisen handele, die in direktem Zusammenhang mit nationalem Versagen der Politik stünden und nicht mit einer Krise der EU oder des Euro verwechselt werden dürften. Da die klassischen, aus der Geschichte bekannten Auswege aus der Staatsverschuldung über Inflation und Abwertung durch die institutionelle Gestaltung der Eurozone nicht möglich seien, Sparen allein nicht reiche und ein unkontrollierter Staatsbankrott nicht wünschenswert sei, müsse ein Instrumentarium aus verschiedenen Komponenten konzipiert werden, um die aktuelle Krise zu lösen. Wentzel hob hervor, dass dabei der Austritt der von Überschuldung betroffenen Staaten aus der Eurozone keine Option darstelle. Wegen der drohenden hohen Verluste würde sich allein schon die Bevölkerung der jeweiligen Staaten weigern, in die „alte neue“ Währung umzutauschen. Er plädierte im Falle Griechenlands für eine konsequente Umsetzung des Schuldenschnitts bei zeitgleicher Implementierung einer Finanzverfassung. Über diese müsse verhindert werden, dass man mittelfristig, nach einer Lösung der akuten Krise, wieder vor denselben Problemen stehe. Damit Verluste im Bankensektor nicht zu einer erneuten Bankenkrise führten, müssten die betroffenen Institute zeitweise verstaatlicht werden. Für die weitere Entwicklung der EU empfahl er die Einführung einer Schuldenbremse in allen Mitgliedstaaten sowie die Erarbeitung einer allgemeinen Insolvenzordnung für Staaten, auch wenn dies aus ordnungspolitischer Sicht problematisch erscheine. Auf Nachfrage aus dem Publikum erläuterte Professor Wentzel seine Position zu Gunsten einer Stärkung der

Ratingagenturen: Diese müssten zwar umstrukturiert werden, um Interessenkonflikte zu vermeiden sowie eine verstärkte Wettbewerbssituation zu schaffen, trotzdem seien sie als Informationslieferanten über Ausfallrisiken unverzichtbar.

Stavros Papastavrou warb schließlich für eine klare Führung durch Frankreich und Deutschland im Prozess der Neugestaltung der wirtschafts- und haushaltspolitischen Regeln in der EU. Viele europäische Politiker würden nicht über den Tellerrand hinausschauen, beklagte er, sie hätten lediglich ihre Wahlinteressen im Blick und hofften darauf, dass sich die Marktlage von selbst bald wieder beruhige. In dieser Situation bräuhete es ein Voranschreiten der europäischen Kernländer, schloss auch Moderatorin Pirgioti. Dirk Wentzel gab allerdings zu bedenken, dass es demokratietheoretisch kritisch zu sehen sei, wenn einzelne europäische Führungsmächte konkrete Vorgaben für die Budgets anderer Partnerländer machen würden, da das Budgetrecht Kern eines jeden vom Volk gewählten Parlaments sei. Zentrale Herausforderung bleibe, so Moderatorin Mariana Pirgioti, der wachsame Blick auf krisenhafte Situationen wie aktuell in der EU. Das Versagen der beteiligten Akteure liege maßgeblich in der zu wenig beachteten Zuspitzung der Situation in mehreren Mitgliedstaaten der EU.

DIE EUROPÄISCHE UNION – PERSPEKTIVEN ZU KONSOLIDIERUNG UND WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Nachdem die ersten beiden Panels in einem Kreis von Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft stattgefunden hatten, richtete sich das letzte Panel der Fachkonferenz an die interessierte Öffentlichkeit, die der Diskussion beiwohnen konnte. Vor vollen Rängen in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung sollte der Blick auf Europa über den unmittelbaren Krisenzeitraum hinaus gerichtet werden: Welche Erfahrungen

Professor Dr. Dirk Wentzel, Universität Pforzheim, Georgios Koumoutsakos MdEP, Mariana Pirgioti, Dr. Werner Langen MdEP, Stavros Papastavrou, Nea Dimokratia.



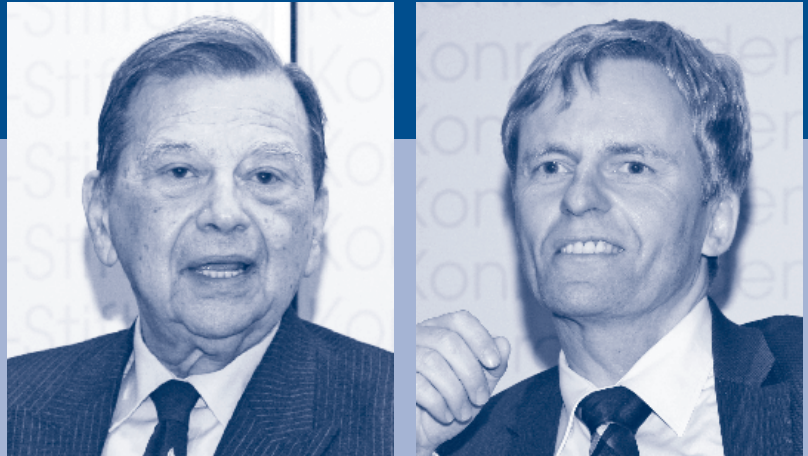
Paschal Donohoe, Abgeordneter aus Irland, Efthymios N. Christodoulou von der EFG Eurobank Ergasias, Moderatorin Dr. Ursula Weidenfeld, Danuta Jazłowiecka MdEP, Minister a.D. Evripidis Stylianidis und Rüdiger Kruse MdB (v.l.)

konnten Reformstaaten wie Irland bisher sammeln? Wie bewerten Eurozonen-Beitrittskandidaten wie Polen die aktuelle Situation sowie die möglichen Auswege? Welche Perspektiven ergeben sich für Europa als ein Spieler unter vielen auf der globalen Bühne der Politik? Unter anderem auf diese Fragen versuchten die Diskussionsteilnehmer aus verschiedenen EU-Mitgliedstaaten eine Antwort zu geben.

Frank Spengler, stellvertretender Hauptabteilungsleiter für den Bereich Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, drückte in seiner Einführung die Hoffnung aus, dass Europa sich gestärkt aus der Krise herausbewegen werde und sich nicht zuletzt mit dem Euro-Plus-Pakt ausdrücklich zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft bekenne. Der Wunsch nach mehr und gestärkter europäischer Solidarität stand im Zentrum der abendlichen Diskussion der Gäste aus Griechenland, Irland, Polen und Deutschland, die von der Wirtschaftsjournalistin Dr. Ursula Weidenfeld moderiert wurde. Dabei sei Solidarität, so der irische Abgeordnete Paschal Donohoe, nicht nur materiell zu sehen, wie sie für Länder wie Griechenland und Irland in den Hilfspaketen von EU und IWF zum Ausdruck komme. Sondern auch darin, dass die europäischen Partner sich moralisch beistünden. Dazu gehöre auch, nicht vorschnell mit dem Finger auf Länder zu zeigen, die sich Herausforderungen gegenüber sähen und Zeit benötigten, um sich notwendigen Anpassungsmechanismen zu unterziehen,

ergänzte Efthymios N. Christodoulou, Vorstandsvorsitzender der griechischen EFG Eurobank Ergasias. Er kritisierte die oftmals in Deutschland anzutreffende „protestantische“ Haltung, dass Erziehung zu richtigem Verhalten durch Strafe im Falle einer Verfehlung herbeigeführt werden müsse. Vielmehr wünsche er sich für Griechenland auch emotional einen Neuanfang, ohne dass stets auf die Fehler der Vergangenheit hingewiesen würde. Länder, die in eine Krise hineinschlitten, müssten sich in jedem Fall schmerzhaften Reformen unterziehen, betonte Paschal Donohoe. Dabei verwies er auf die Erfolge der irischen Konsolidierungspolitik. Die irische Regierung habe es geschafft, durch drastische Einsparungen sowie Kürzungen der Gehälter der beim Staat beschäftigten Arbeitnehmer aus der Krise herauszukommen. Der griechische Parlamentarier Dr. Evripidis Stylianidis betonte darüber hinaus, dass sich Solidarität auch für die starken Länder wie beispielsweise Deutschland auszahle. So seien die Peripherieländer im Süden und insbesondere auch Griechenland ein großer Exportmarkt für deutsche Unternehmen. In einer Solidargemeinschaft müsse man in schwierigen Zeiten daher auch für die Partner eintreten. Dies veranlasste die Moderatorin Dr. Ursula Weidenfeld zur Nachfrage, ob dies bis zum Bail-Out gelte. Es müsse ein aufeinander Zugehen geben, so Rüdiger Kruse MdB, Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages, bei dem nichtsdestotrotz regionale Eigenheiten und Besonderheiten gewahrt blieben.

Efthymios N. Christodoulou und Rüdiger Kruse MdB während der öffentlichen Schlussdiskussion der Fachkonferenz.



Paschal Donohoe stellte klar, dass die nationale Eigenständigkeit – trotz all der Hilfe, die auch jetzt mit den Rettungspaketen verbunden sei – letztendlich das Ziel der EU-Mitgliedstaaten bleibe. Insbesondere im irischen Fall sei man auch aufgrund der Geschichte sehr stolz auf die nationale Souveränität. Diese sei schlussendlich die entscheidende Motivation für die betroffenen Staaten, aus der Position, in der sie Reformen und Regeln von außen vorgesetzt bekämen, wieder herauszukommen. Dem setzte Rüdiger Kruse entgegen, dass der Nationalstaat im 19. Jahrhundert in Deutschland eine Revolution gewesen sei, im 20. Jahrhundert zur Normalität wurde und man sich auch vorstellen könne, dass dieser in Zukunft in einem vereinigten Europa der Vergangenheit angehören könne – auch wenn das Bundesverfassungsgericht in Deutschland dem eher als Bremse gegenüber auftreten würde, so Dr. Ursula Weidenfeld.

Rüdiger Kruse konzentrierte sich in seinen Ausführungen auf die Frage, auf welchem Weg ein handlungsfähigeres Europa entstehen könne. In Abgrenzung zum Prozess der deutschen Wiedervereinigung plädierte er für einen Stufenplan, der Zug um Zug die Integration fördere und verbindliche Wegmarken vorsehe. Allein der Glaube daran, dass sich Integration im Zeitablauf von selbst ergebe, reiche nicht, um dem Ziel einer einheitlicheren Wirtschafts- und Finanzpolitik näher zu kommen. Ausdrücklich begrüßte er die Änderungen der Abstimmungsprozesse, die durch den Lissabon-Vertrag in Kraft getreten sind, da die Abwendung von der Einstimmigkeitsklausel eine schnellere Entscheidungsfindung fördere. Abgesehen vom Inhalt der Entscheidungen, die zukünftig in der EU getroffen würden, unterstrich die polnische EU-Parlamentarierin Danuta Jazłowiecka MdEP, müsse man darauf achten, dass diese Entscheidungen nicht nur im inneren Kreis der Eurozonen-Länder getroffen würden. Dies sei im Interesse der Länder, die bisher noch nicht Teil der Gemeinschaftswährung seien, zukünftig aber sein würden. So

wie Polen hätten sich diese Länder beim Eintritt in die EU dazu verpflichtet, langfristig den Euro einzuführen. Deshalb müsse man ihnen auch ein Mitspracherecht einräumen, wenn Regeln für die Euro-Länder festgelegt würden, da diese später auch für sie verbindlichen Charakter annehmen würden.

Auf die Frage, wie optimistisch die Diskussionsteilnehmer seien, dass der Euro diese Krise überstehen werde, waren alle einheitlich der Meinung, dass an ein Auseinanderbrechen der Gemeinschaftswährung nicht zu denken sei. Zum einen liege es im Interesse der Länder, auf der globalen Ebene als Europäische Union bzw. Eurozone ein handlungsfähiger Akteur zu bleiben. Im Falle eines Niedergangs des Euro würden die Länder zwangsläufig an Einfluss gegenüber den Vereinigten Staaten und anderen aufstrebenden Nationen einbüßen. Doch auch als eine Gemeinschaft gelte es, stärker mit einer gemeinsamen Stimme aufzutreten, so Dr. Evripidis Stylianidis. Sollte nur ein Land aus der Währungsunion ausscheiden, würde das restliche Konstrukt ebenfalls an Stabilität verlieren, weshalb auch ein Austritt von Griechenland keine Lösung darstelle, sondern alle Mitgliedstaaten schwächen würde. Bei allen Bemühungen um die Lösung der Verschuldungsproblematik seien in einigen Politikbereichen, die entscheidend für die wirtschaftliche Zukunft Europas sind, zu wenig neue Anstöße gemacht worden. So beklagte Danuta Jazłowiecka, dass im Bereich Mobilität junger Menschen sowie zum Thema Bildung in den vergangenen Jahren zu wenige Impulse zu verzeichnen gewesen seien. Wenn dies nicht angegangen werde, ziehe das in nächsten Jahren absehbar weitere negative Auswirkungen nach sich – die Wirtschaft leide schon jetzt unter einem Mangel qualifizierter Arbeitnehmer.

Im Anschluss an die Diskussion der Experten und politischen Vertreter konnte das Publikum Fragen an die Podiumsteilnehmer stellen. Hier zeigten sich sowohl europakritische Töne, die im Speziellen auf Griechen-



lands Fähigkeiten und seine Perspektive im Euro-Verbund abzielten, als auch Stimmen, die mehr Solidarität in Europa forderten. Zusammenfassend folgerte Moderatorin Ursula Weidenfeld, dass Europa nicht nur vor dem Hintergrund der aktuellen Verschuldungskrise betrachtet werden dürfe, sondern immer auch in seiner historischen Dimension in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg beurteilt werden müsse, als Deutschland mit einem hohen Vertrauensvorschuss in die Zusammenarbeit unter den europäischen Mächten eingebunden wurde, ohne dies erwarten zu können. Diese Erfolge um Frieden und Zusammenarbeit seien immer die Stärke Europas gewesen und dürften vor dem Hintergrund der aktuellen Krise nicht in Vergessenheit geraten, wenn es darum geht, die EU auch zu einer wirtschafts- und finanzpolitisch stabileren Gemeinschaft weiter zu entwickeln.

Die Konrad-Adenauer Stiftung wird sich in diesem Prozess um die Weiterentwicklung der europäischen Idee gemeinsam mit ihren Partnern engagieren. Dazu bringt sie Verantwortungsträger aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammen, um über einen gesamteuropäischen Dialog die Integration der EU weiter zu vertiefen.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT – GARANT FÜR WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLG UND SOZIALE STABILITÄT

In diesem Internet-Portal stellt die KAS Grundlagen des Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepts der Sozialen Marktwirtschaft vor, erläutert Hintergründe der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise, gibt Antworten auf wichtige Fragen und bietet weiterführende Informationen zum Thema. Aktuelle Berichte aus den weltweiten Aktivitäten der Stiftung finden sich dort ebenso wie Hinweise auf Veranstaltungen und Publikationen. Programatische Texte, eine Dokumentation der Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft, Videoclips und Kontakte zu den Experten der KAS vervollständigen das Angebot.

www.kas.de/soziale-marktwirtschaft



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Herausgeber

*Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Sankt Augustin/Berlin*

Text

Manuel Peter, Susanna Vogt

Redaktion

Susanna Vogt

Fotos

KAS (Christian Echle)

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt, mit Ausnahme der frei zugänglichen Fotos. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2012

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-942775-76-2

www.kas.de